

## Obama spricht Klartext

Den Bedenken und Forderungen der unabhängigen Beobachter, Exilanten und Oppositionellen in Bezug auf den neuen US-Kurs gegenüber Burma scheint die US-Regierung vorerst Rechnung zu tragen. Denn bei seinem Besuch in Burma am 4. November 2009 traf sich der neu ernannte, für Ostasien und den Pazifik zuständige Staatssekretär im Außenministerium, Kurt Campbell, nicht nur mit Vertretern des Regimes in Naypyidaw, auch ein Treffen mit Aung San Suu Kyi in einem Hotel in Rangun ließen die Generäle überraschend zu. Die Visite von Campbell und seinem Stellvertreter Scot Marciel bedeutete den höchststrangigen US-Besuch in Burma seit 1995. Damals hatte Madeleine Albright als US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen das Land besucht.

Präsident Obama sprach derweil im Zuge seiner Asienreise sowohl am 14. November 2009 in Tokio, als auch einen Tag später beim ersten US-ASEAN-Gipfel am Rande des APEC-Forums (*Asia-Pacific Economic Cooperation*) in Singapur offen die Bedingungen für eine Lockerung der US-Sanktionen gegenüber Burma an: die Freilassung Aung San Suu Kyis sowie aller weiteren politischen Gefangenen, ein Ende der gewaltvollen Konflikte mit ethnischen Minderheiten im Land sowie einen ernsthaften Dialog zwischen dem Regime, der Opposition und den Minderheitengruppen. Kurz also: klare Schritte von Seiten der Junta in Richtung Demokratisierung und Beachtung der Menschenrechte, besonders in Anbetracht der für 2010 angekündigten Wahlen. Die Äußerungen erfolgten im Beisein des burmesischen Premierministers Thein Sein, das direkte Aufeinandertreffen Obamas und Thein Seins war das erste Treffen auf höchster Regierungsebene zwischen den beiden Staaten seit 1966, auch wenn es nicht zu bilateralen Gesprächen kam.

vgl. Reuters 9.11., Irrawaddy 15.11. 09

## Sanktionen UND Diplomatie

Nach monatelanger Bewertung ihrer Außenpolitik hat sich die neue US-Regierung im September 2009 dazu entschlossen, gegenüber der burmesischen Militärjunta einen neuen Kurs einzuschlagen. Da die rigide Politik der Isolation der Regierung Bush mit wirtschaftlichen Sanktionen und diplomatischer Ächtung offensichtlich nicht zu einer Verbesserung der Lage in Burma beigetragen hat, die Handelsbeziehungen des Regimes sich im Gegenteil sogar aufgrund bereitwilliger Geschäftspartner in Asien ausgeweitet haben, hat US-Außenministerin Hillary Clinton ein Umdenken verkündet. Nicht entweder Dialog oder Sanktionen, sondern eine ausgewogene Balance zwischen diplomatischen Gesprächen und in

deren Folge möglicherweise gelockerten Sanktionen soll für Veränderungen in Burma sorgen. Oppositionsanhänger, Exil- und Menschenrechtsgruppen begrüßten die neue Herangehensweise, jedoch unter Vorbehalt: der Druck auf die Junta um Seniorgeneral Than Shwe müsse, wenn nicht verstärkt, zumindest aufrechterhalten bleiben, eine Lockerung der Sanktionen dürfe nur bei deutlichen, baldigen Schritten in die erwünschte Richtung von Seiten der Militärführung erfolgen. Zudem soll sich die US-Diplomatie ebenso an die Opposition um die nach wie vor inhaftierte Aung San Suu Kyi und ihre National League for Democracy (NLD) richten.

vgl. New York Times 24.9., 28.9., AFP 25.9., Irrawaddy 25.9.09

## Kritik an US-Kurs

Enttäuschung herrschte vielerorts über die offizielle gemeinsame Abschlusserklärung des US-ASEAN-Gipfels vom 15. November, in der klare Forderungen an die burmesische Junta nicht, wie erhofft, explizit ausgedrückt wurden, um die Junta zusätzlich, auch von Seiten der ASEAN-Partner, unter Druck zu setzen. Lediglich freie Wahlen für das kommende Jahr 2010 wurden thematisiert, die Auslassung weiterer direkter Forderungen, wie sie Präsident Obama getätigt hatte, wird als falsches Signal an die Junta bewertet.

Zudem stehen skeptische Beobachter dem neuen US-Kurs ohnehin kritisch gegenüber. Sie befürchten einerseits, der Junta werde somit nur die Möglichkeit gegeben, sich als rechtmäßig und kompromissbereit darzustellen und mehr Spielraum im Vorfeld der wohl kaum »freien und fairen« Wahlen 2010 zu gewinnen, mit dem Ziel einer endgültigen, international anerkannten Legitimie-

rung und der Aufhebung von Sanktionen. Die vom Militärregime in den Wirren nach Zyklon Nargis im Jahr 2008 verabschiedete Verfassung als Grundlage für die anstehenden Wahlen wird unter demokratischen Gesichtspunkten als untragbar angesehen, sie garantiert dem Militär zum Beispiel weiterhin ein Viertel der Sitze im Parlament und wichtige Schlüsselpositionen in der Regierung, zudem würde sie eine Kandidatur Aung San Suu Kyis ausschließen, da diese mit einem Ausländer verheiratet war. Andererseits wird vermutet, die US-Regierung verfolge mit ihrem neuen Kurs lediglich eigennützige strategische Ziele im Kampf um politischen und wirtschaftlichen Einfluss in Südostasien gegen China, ohne auf die Belange der Bevölkerung der Region ernsthaft Rücksicht zu nehmen.

vgl. Irrawaddy 24.9., 25.9., 9.11., 14. 15.11.09



## Im Vorfeld der Wahlen

Die Opposition in Burma, besonders Aung San Suu Kyis *National League for Democracy* (NLD), ist im Vorfeld der Wahlen 2010 uneins über ihr Vorgehen. Dies ist kaum verwunderlich angesichts der schwierigen, unsicheren Umstände: Weder eine Rahmengesetzgebung wurde bisher erlassen noch ein genauer Wahltermin verkündet, von umfassendem Wahlbetrug wird im Grunde ausgegangen, die Rolle der zahlreichen politischen Gefangenen, allen voran Suu Kyis, ist noch völlig unklar, die auf Autonomie pochenden Minderheitengruppen sollen scheinbar zunehmend durch Waffengewalt in die »nationale Einheit« und somit zu einer Partizipation bei den Wahlen gezwungen werden.

Viele sprechen sich daher für einen Boykott der Wahlen aus, um das womöglich durch Verzögerungsstrategien, Manipulationen und Repressionen als Sieger aus den Wahlen hervorgehende Regime und seine inakzeptable Verfassung von 2008 nicht zusätzlich durch ein vermeintlich repräsentatives Ergebnis zu legitimieren. Andere Stimmen warnen wiederum vor den negativen Folgen eines Boykotts und befürworten entschieden die Teilnahme, um die mögliche Chance auf demokratischen Wandel, so gering sie auch sein mag, wenigstens anzunehmen.

vgl. Mizzima News 25.8., Irrawaddy 24.9., AFP 28.9.09

## Generäle bei 64. UN-Generalversammlung

Anlässlich der ersten Teilnahme hochrangiger burmesischer Generäle bei der UN-Generalversammlung in New York seit 14 Jahren haben in den USA lebende burmesische Demonstranten die Limousine des Außenministers Nyan Win auf ihrem Weg vom Hotel zum UN-Hauptquartier unter anderem mit Schuhen beworfen. Bei der Generalversammlung hat sich Premierminister Thein Sein über Sanktionen gegen Burma beschwert und ihre Aufhebung gefordert, weiterhin beklagte er mangelnde Unterstützung bei der Aufbauhilfe nach Zyklon

Nargis im Jahr 2008. Zudem versprach er »freie und faire Wahlen« für das Jahr 2010 und kündigte hierfür die baldige Verabschiedung neuer Wahlgesetze und die Schaffung einer Wahlkommission an. UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon erneuerte unterdessen bei einem Treffen mit Thein Sein im UN-Hauptquartier seine Forderungen an die Junta bezüglich der Freilassung politischer Gefangener, die er bereits bei seinem Besuch in Burma Anfang Juli 2009 geäußert hatte.

vgl. AP 28.9., Mizzima News 28.9., Xinhua 28.9.09

## Protest in Sri Lanka wegen Staatsbesuchs

In Colombo, der Hauptstadt Sri Lankas, hat es wegen des Staatsbesuchs des burmesischen Junta-Chefs Than Shwe vom 12.-15. November Demonstrationen gegeben. Auch vor Ort lebende burmesische Mönche beteiligten sich am Protest und kündigten an, den erstmals seit fünf Jahren im Ausland weilenden General bei einem Besuch in ihrem Tempel boykottieren zu wollen.

Sri Lanka hat seit der gewaltsam forcierten Beendigung des Bürgerkriegs gegen die LTTE (*Liberation*

*Tigers of Tamil Eelam*) im Frühjahr 2009 seine Beziehungen zu Burma intensiviert. Der Präsident Sri Lankas, Rajapaksa, hatte Burma bereits im Juni besucht. Beobachter befürchten, General Than Shwe könnte sich auch militärische Ratschläge vom srilankischen Partner geben lassen, um effektiver gegen die bewaffneten ethnischen Minderheitengruppen in Burma vorgehen zu können.

vgl. Irrawaddy 12.11., AP 13.11., BBC News 16.11.09

## Aung San Suu Kyi strebt Dialog an

Unter dem Eindruck der jüngsten Entwicklungen in der US-Außenpolitik hat auch Aung San Suu Kyi scheinbar neue Hoffnung in Bezug auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Junta für eine Verbesserung der Lage in Burma geschöpft. So verfasste sie schon im August 2009 einen ersten Brief an das Regime, in dem sie mögliche Wege für eine gemeinsame Politik zur Aufhebung der westlichen Sanktionen gegen Burma aufgezeigt, um Empfangserlaubnis westlicher Diplomaten gebeten und weitere Gesprächsbereitschaft mit der Junta signalisiert haben soll. Daraufhin wurde ihr Anfang November ein Treffen mit Top-Diplomaten aus den USA gewährt.

In einem weiteren Brief an die Militärführung vom 11. November 2009 bedankte sie sich bei der Junta für das Treffen und bat überdies um eine Zusammenkunft mit General Than Shwe, um über die Zukunft Burmas, insbesondere die Wahlen 2010, und die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen der Opposition und dem *State Peace and Development Council* (SPDC), wie sich die Junta nennt, im gemeinsamen Interesse Burmas zu reden. Zudem soll sie um Besuchserlaubnis bei drei kranken Parteifreunden und die Möglichkeit der Abhaltung einer Plenarsitzung der *National League for Democracy* in ihrem Anwesen vor dem eventuellen Treffen mit Than Shwe gebeten haben.

Derweil sind durch einen burmesischen Diplomaten Gerüchte über eine baldige Freilassung Suu Kyis in Umlauf geraten. Kritische Beobachter verweisen jedoch auf ähnlich vage Verlautbarungen des Regimes in der Vergangenheit und vermuten, die Junta wolle lediglich guten Willen vorgaukeln, um mögliche Sanktionslockerungen zu erreichen und sich Zeit im Vorfeld der Wahlen zu erkaufen.

vgl. Reuters 9.11., 16.11., Guardian 9.11., Irrawaddy 11., 13., 17.11.09

nachrichten